

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 19. April 1989

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	Nummer der Frage	Abgeordnete	Nummer der Frage
Austermann (CDU/CSU)	40	Lüder (FDP)	12, 13
Dr. von Bülow (SPD).	21, 22	Müller (Pleisweiler) (SPD)	19, 20
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	47, 48	Frau Odendahl (SPD)	34
Dreßler (SPD)	28	Pfuhl (SPD)	45, 46
Eigen (CDU/CSU)	24, 25	Reimann (SPD)	29, 30
Fuchtel (CDU/CSU)	26, 27	Rixe (SPD)	51
Frau Ganseforth (SPD)	43, 44	Schreiner (SPD)	8, 9
Gansel (SPD)	18, 39	Dr. Sperling (SPD).	4, 5
Grünbeck (FDP)	37, 38	Stiegler (SPD)	3, 7
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	16, 17	Stratmann (DIE GRÜNEN)	49, 50
Frau Hillerich (DIE GRÜNEN)	53, 54	Frau Walz (FDP)	41, 42
Dr. Hirsch (FDP)	14, 15	Frau Dr. Wegner (SPD)	35, 36
Jäger (CDU/CSU)	2	Weisskirchen (Wiesloch) (SPD)	33
Kastning (SPD)	52	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	6, 23
Kirschner (SPD)	31, 32	Werner (Ulm) (CDU/CSU)	10, 11
Kuhlwein (SPD)	1		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	11

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

1. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
Wie stellt die Bundesregierung die Gleichbehandlung von Zivildienstleistenden gegenüber Wehrdienstleistenden sicher, denen in der Zeit des Wehrdienstes für Studium und Beruf verwertbare Qualifizierungsmaßnahmen angeboten werden sollen?
2. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
Ist die in Frankreich hergestellte Abtreibungspille RU 486 Mifepriston in der Bundesrepublik Deutschland nach § 219c StGB verboten, und wie wird die Bundesregierung sicherstellen, daß die in Frankreich bereits hergestellten rund sieben Kubikmeter dieses Präparats, die nach wissenschaftlichen Aussagen für die Tötung von mindestens sechs Millionen ungeborener Kinder ausreichen, in der Bundesrepublik Deutschland nicht vertrieben und in den Verkehr gebracht werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post-
und Fernmeldewesen**

3. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
Trifft es zu, daß der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 39,0 Stunden ab dem 1. April 1989 dadurch ohne Personalmehrbedarf aufzufangen hat, daß er die sachlichen und personellen Verteilzeiten sowie die Erholungszeiten entsprechend reduziert hat, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß dadurch das Vertrauen der Tarifpartner über die Solidität des Partners Bund erheblich beeinträchtigt werden kann?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

4. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
Wird die Bundesregierung der Aufforderung von Bundesminister Dr. Schneider nachkommen und als öffentlicher Arbeitgeber in den nächsten Jahren wesentlich mehr Dienstwohnungen für junge Polizei-, Post- und Bahnbeamte bauen?
5. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
Welche zusätzlichen Mittel sind für diesen Zweck in den kommenden drei Jahren vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

6. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, über die Branntwein-Monopol-Verwaltung darauf hinzuwirken, daß zur Verringerung der Müllmenge Brennspritus künftig wieder in Mehrweg-Glasflaschen und nicht in Plastikflaschen auf den Markt kommt?
7. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie ist der Stand der Gespräche der Bundesregierung mit den US-Streitkräften über die Nutzung des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr für Starts und Landungen und Zielflüge des Kampfflugzeuges A-10, und wird die Bundesregierung diese Ausweitung der Gefährdung und der Belästigung der Bevölkerung unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

8. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Trifft es zu, daß die immer noch gültige und im Schlußprotokoll zum Niederlassungsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und Persien enthaltene Regelung, wonach ein Staat die Staatsbürger des anderen Staates nur mit Zustimmung des anderen Staates einbürgern kann, eine einzigartige Vereinbarung ist?
9. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß der Iran den Wunsch von Iranern nach Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit in unzumutbarer und die Menschenrechte verletzender Weise verhindert, das Niederlassungsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und Persien zu kündigen?
10. Abgeordneter
Werner
(Ulm)
(CDU/CSU)
- In welcher Weise hat die Bundesregierung bisher sichergestellt, daß bei den in den deutschen Auslandsvertretungen aus Anlaß des 40. Jahrestages der Schaffung des Grundgesetzes stattfindenden offiziellen Veranstaltungen nachdrücklich auf die völkerrechtliche Lage ganz Deutschlands und die besondere rechtliche Situation zwischen den beiden Staaten in Deutschland hingewiesen wird?
11. Abgeordneter
Werner
(Ulm)
(CDU/CSU)
- Wie gedenkt die Bundesregierung, die sich aus den Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes zum Grundlagenvertrag und zum Warschauer Vertrag ergebende Verpflichtung, die rechtliche Stellung Deutschlands und der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig auch international zu vertreten, wirkungsvoller als bisher geschehen in die zeithistorische und juristische Forschung und Literatur im Ausland einfließen zu lassen, so daß die dort vorwiegend einseitige Betrachtung der Deutschen Frage und der Ostverträge (vgl. die jüngste Studie von Mechthild Steffens, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, 1989) eine zumindest teilweise Korrektur in Zukunft erfahren kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

12. Abgeordneter
Lüder
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschränkung des Wahrheitsgehalts in ihrer Antwort auf meine Anfrage, wonach es durch die Anhörung durch drei Sicherheitsdienste keine Verfahrensverzögerung bei Asylverfahren gibt, angesichts der Tatsache, daß z. B. in der Nebensstelle Braunschweig des Bundesamtes über den Asylantrag von z. B. polnischen Staatsangehörigen nicht entschieden werden kann, weil dort kein befragungsberechtigter Angehöriger der Geheimdienste tätig ist?
13. Abgeordneter
Lüder
(FDP)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung unternommen, um auf den amerikanischen Geheimdienst, den Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz einzuwirken, daß diese Dienststellen, wenn sie schon Asylbewerberbefragungen für notwendig halten, nicht verfahrensbehindernd wirken?
14. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß in der Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages tatsächliche Verfahrensmängel bekanntgeworden sind, die zu einer erheblichen Verzögerung der verwaltungsmäßigen Erledigung anhängiger Asylverfahren geführt haben?
15. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Was hat die Bundesregierung bisher getan, um zu einer inhaltlichen Harmonisierung der Asylrechte der Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft oder wenigstens der Unterzeichnerstaaten des Schengener Abkommens zu kommen?
16. Abgeordnete
Frau Dr. Hamm-Brücher
(FDP)
- Trifft es zu, daß – wie die Süddeutsche Zeitung vom 23. März 1989 berichtet – die DVU in Aussiedlerwohnheimen in Nürnberg Unterstützungsunterschriften gesammelt hat, um an der Europawahl teilnehmen zu können, und wenn ja, wie viele Unterschriften der bisher 5 200 eingereichten wurden von Spätaussiedlern geleistet?
17. Abgeordnete
Frau Dr. Hamm-Brücher
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß die Formblätter mit dem aufgedruckten Bundesadler von den Spätaussiedlern irreführend als Behördenaufforderung gehalten wurden und daß sie, um ihr „Deutschtum“ zu beweisen, die Unterschriften geleistet haben könnten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

18. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Wann ist der Antrag der Staatsanwaltschaft Kiel auf Erteilung einer Verfolgungsermächtigung nach § 353 b Strafgesetzbuch im Zusammenhang mit dem Verkauf von U-Boot-Bauplänen an Südafrika durch die Firmen IKL und HDW bei der Bundesregierung eingegangen, und wann gedenkt die Bundesregierung darüber zu entscheiden?
19. Abgeordneter
Müller
(Pleisweiler)
(SPD)
- Wann hat der Bundesnachrichtendienst die Bundesregierung über den militärischen Zweck der Raketenproduktion von Condor II in Ägypten und über die Anstrengungen des Irak, Rakentechnologie aus der Bundesrepublik Deutschland zu bekommen, informiert?
20. Abgeordneter
Müller
(Pleisweiler)
(SPD)
- Welche Geschäftsverbindungen zur Lieferung und zum Export von Waffen, Technologie, Blaupausen gibt es zwischen MBB bzw. Tochterunternehmen von MBB und der Firma Consent, und bestehen solche Beziehungen heute noch fort?
21. Abgeordneter
Dr. von Bülow
(SPD)
- Ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen der Beteiligung deutscher Firmen an der Entwicklung und dem Bau der Rakete Condor II in Ägypten auch gegen die Firma MBB oder MBB-Tochterfirmen, und welches ist gegebenenfalls der Stand der Ermittlungen?
22. Abgeordneter
Dr. von Bülow
(SPD)
- Liegen Erkenntnisse darüber vor, daß deutsche Firmen nicht nur am Aufbau von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen im Irak, sondern auch am Aufbau von Produktionsstätten für Raketen und an der Lieferung von dafür geeigneten Apparaten/Maschinen beteiligt waren bzw. sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

23. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Gibt es in der Bundesrepublik Deutschland Produkte, in denen Walfleisch verarbeitet ist, z. B. aus Island oder Japan, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu unternehmen, um durch Nichtzulassung solcher Produkte internationale Abkommen zum Schutz der Wale auszufüllen?

24. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Welche Vereinbarungen zur Agrarpolitik sind im GATT in Genf getroffen worden, und wie werden sie sich für die Landwirtschaft in Deutschland auswirken?
25. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) In welcher Form hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaft bei den Verhandlungen im GATT in Genf den Auftrag des EG-Gipfels vom 12. Februar 1988 erfüllt, die Importe von Getreide-Substituten zurückzudrängen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

26. Abgeordneter
Fuchtel
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung Bemühungen, beispielsweise im Rahmen von Kooperationsabkommen zwischen Industrie- und Handelskammern in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich, gemeinsam zweisprachige Umschulungsmaßnahmen für arbeitslose Akademiker und arbeitslose Praktiker zum „Fachkaufmann für Außenwirtschaft“ mit Ausbildungsblocks in beiden Ländern durchzuführen?
27. Abgeordneter
Fuchtel
(CDU/CSU) Inwieweit stehen zur Förderung solcher Projekte nach dem Arbeitsförderungsgesetz Bestimmungen entgegen, und was will sie unternehmen, um sicherzustellen, daß künftig eine Förderung solcher Maßnahmen aus dem Europäischen Sozialfonds möglich wird?
28. Abgeordneter
Dreßler
(SPD) Hat die Bundesregierung die Absicht, dem Deutschen Bundestag eine Gesetzesänderung vorzuschlagen, um befristete Arbeitsverträge ohne sachlichen Grund nach dem sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz über das Jahr 1989 hinaus massenweise weiter zuzulassen, obwohl durch diese Regelung selbst der besondere Kündigungsschutz der Schwangeren, Behinderten und Wehrdienstleistenden unterlaufen wird und nachgewiesenermaßen keine zusätzliche Beschäftigung erreicht wurde?
29. Abgeordneter
Reimann
(SPD) Zu welchen Ergebnissen über die Zusammenhänge zwischen Akkordarbeit und hohen Unfallzahlen und Frühinvalidität im Forstbereich ist die Bundesregierung gekommen?
30. Abgeordneter
Reimann
(SPD) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die gesundheitlichen Belastungen und Schädigungen der Arbeitnehmer/innen beim Einsatz von Pflanzenbehandlungsmitteln in der Landwirtschaft und im Gartenbau (Freiland und Unterglas) vor?

31. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, welche finanziellen Auswirkungen die Anerkennung von Versicherungszeiten für die Aussiedler (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz), die seit 1987 in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind, auf Grund der Anwendung des Fremdrentengesetzes und des § 1251 (Ersatzzeiten) RVO auf die Rentenversicherung haben bzw. auf Grund der wachsenden Zahl von Aussiedlern haben wird?
32. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die groben Differenzierungen, die in den Leistungsgruppen des Fremdrentengesetzes zum Ausdruck kommen – und die der sehr differenzierten Arbeitswelt in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr entsprechen –, heute noch für sachgerecht, um dem Eingliederungsprinzip Rechnung zu tragen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

33. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Inwieweit ist das Angebot an universitären Vorkursen oder Qualifizierungsmaßnahmen für Grundwehrdienstpflichtige mit dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft abgestimmt?
34. Abgeordnete
Frau
Odendahl
(SPD)
- Wie hoch ist die Zahl der Wehrdienst- und Zivildienstleistenden, die in den nächsten Jahren zu erwarten sind, wie hoch wird jeweils die Zahl der studienberechtigten Wehr- und Zivildienstleistenden sein?
35. Abgeordnete
Frau
Dr. Wegner
(SPD)
- In welchem Umfang werden Wehrdienstleistenden und Zivildienstleistenden universitäre Vorkurse und Bildungsangebote zugänglich gemacht, die direkt für das spätere Studium verwertbar sind, zum einen weil sie als Kurs von den Hochschulen anerkannt werden, zum anderen weil sie das Studium erleichtern (z. B. Fremdsprachen, Computer- und Informationstechnik), und soll dieses Angebot mit der Verlängerung der Dienstzeiten erweitert werden?
36. Abgeordnete
Frau
Dr. Wegner
(SPD)
- Sind diese Bildungsangebote während der Dienstzeit oder während der Freizeit vorgesehen?
37. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Hat die Bundesregierung die Vorgänge bezüglich „Tiefflugübungen über dem Kernkraftwerk Gundremmingen“ am Freitag, dem 17. Februar 1989, überprüft, und zu welchem Ergebnis ist sie dabei gekommen?

38. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Übungen „Anflug auf Gundremmingen“ fortgesetzt werden (beispielsweise am Freitag, dem 3. März 1989, gegen 15.00 Uhr)?
39. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Hat Bundesverteidigungsminister Dr. Scholz bei seinem Besuch in Israel der israelischen Regierung Zusagen für eine militärische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland in Aussicht gestellt, und ist die Bundesregierung bereit, die Erklärung des Bundesministers der Verteidigung während seines Israel-Besuchs zu bestätigen, sie werde gegen deutsche Firmen, die an einem illegalen Export von Raketentechnik an arabische Länder beteiligt sind, „Sanktionen verhängen“?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

40. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der durch Erlaß des Bundesministers für Verkehr vom 24. Januar 1989 und vom 27. Januar 1989 festgeschriebene Verzicht auf den Einsatz tropischer Hölzer beim Straßenbau und Wasserstraßenbau geeignet ist, den Erhalt tropischer Wälder zu fördern?
41. Abgeordnete
Frau Walz
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf die Deutsche Bundesbahn einzuwirken, ein Rauchverbot in den Seitengängen der Züge mit Nichtraucherabteilen zu erreichen?
42. Abgeordnete
Frau Walz
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, zusammen mit der Deutschen Bundesbahn darauf hinzuwirken, daß im Rahmen internationaler Vereinbarungen auch europaweit ein Rauchverbot in den Seitengängen vor den Nichtraucherabteilen ausgesprochen wird?
43. Abgeordnete
Frau Ganseforth
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es für gerechtfertigt, daß der Bundesbahn-Nahverkehr nur zu 60% vom Bund finanziert wird und die Restfinanzierung einschließlich späterer Folgekosten von Land und Kommunen getragen werden muß, während der Bundesfernstraßenbau, der in den Großstadtreionen zu 90% von Kraftfahrzeugen im Nah- und Regionalverkehr benutzt wird, einschließlich Folgekosten zu 100% vom Bund getragen wird?

44. Abgeordnete
**Frau
Ganseforth**
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung, auch angesichts des hohen Anteils, den das Auto zum Treibhauseffekt beiträgt, das aufgelaufene Defizit des Schienenausbaus im Nahverkehr im Verhältnis zum im allgemeinen hervorragend ausgebauten Hochleistungsschnellstraßennetz in den Großstadregionen zu beseitigen?
45. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, den zur Privatisierung anstehenden Anteil von 24,9% der bahneigenen Spedition Schenker statt an eine Tochter des VEBA-Konzerns an mittelständische Transportunternehmen zu verkaufen?
46. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Glaubt die Bundesregierung, daß der vorgesehene Verkauf an die VEBA-Tochter Rhenus den kartellrechtlichen Bestimmungen entspricht und ihrer Absicht zur Dekonzentration entgegenkommt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

47. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Ist dem Bundeskanzler und der Bundesregierung bekannt, daß die geplante Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstäbe in Wackersdorf seit Jahren bei der überwältigenden Bevölkerungsmehrheit in der Oberpfalz und weit darüber hinaus auf einen ungebrochenen Widerstand stößt, und wie kommt der Bundeskanzler dazu zu behaupten, beim Weiterbau der Anlage „der besonderen Verantwortung des Gesamtstaates für den Freistaat Bayern, in diesem Fall für die Region Oberpfalz, Rechnung zu tragen“ (auf der Bundespressekonferenz, 13. April 1989)?
48. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ankündigungen der bayerischen Staatsregierung, „etwas anderes als die WAA werde es, solange die CSU in Bayern regiere, in Wackersdorf nicht geben und wer glaube, statt der WAA könne nun ein Zwischenlager entstehen, werde auf den erbitterten Widerstand der bayerischen Staatsregierung stoßen“ (Staatsminister Stoiber, 13. April 1989), und welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung durch solche Äußerungen auf das Zwischenlager- und Entsorgungskonzept von Bund und Ländern?

49. Abgeordneter
Stratmann
(DIE GRÜNEN)
- Wann sind der Bundesregierung in den letzten vier Wochen welche Schriftstücke der VEBA oder anderer DWK-Anteilseigner zur Kenntnis gelangt, die den Weiterbau der Anlage berühren, und welche Auswirkungen sieht sie für die Verwirklichung eines „nationalen Entsorgungskonzeptes“ durch eine Aufgabe des Wackersdorfer Projektes?
50. Abgeordneter
Stratmann
(DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über den Betrieb der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague/Frankreich, und welche Störfälle seit Betriebsbeginn sind ihr bekanntgeworden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

51. Abgeordneter
Rixe
(SPD)
- Welche Regelungen plant der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft bei der Gestaltung der Ausbildungsförderung, um Frauen, die keine studienverwertbare Qualifizierung wie dienstleistende junge Männer erhalten haben, eine solche Qualifizierung während des Studiums über BAföG ohne Anrechnung auf die Förderungshöchstdauer zu ermöglichen?
52. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Wie sollen nach Auffassung der Bundesregierung die Benachteiligungen von studienberechtigten Frauen aufgehoben werden, denen auf Grund der Verlängerung der Wehr- und Zivildienstzeiten ein verkürztes 13. Schuljahr, verkürzte Semesterzeiten, erschwerter Zugang zu Studienplätzen in überlasteten Fächern (§ 34 Hochschulrahmengesetz) zugemutet werden?
53. Abgeordnete
Frau Hillerich
(DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist der Anteil, der aus dem Etat des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft zur Finanzierung des Nachtragshaushalts zur Verfügung gestellt werden muß?
54. Abgeordnete
Frau Hillerich
(DIE GRÜNEN)
- Welche Haushaltstitel im Etat des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft sind von der anteiligen Kürzung zur Finanzierung des Nachtragshaushalts betroffen?

Bonn, den 14. April 1989

